

## SHORT NEWS

**Déi Gréng - Ein Kompass für ein bessere Gesellschaft**

(rg) - Das grüne Programm, das - zwar weniger intensiv als in der Vergangenheit - von einem Parteikongress in aller Öffentlichkeit diskutiert und amendiert wurde, stellt sich als Spagat zwischen Regierungsfähigkeit und grünem Selbstverständnis dar. Keine der Optionen, die sich nach dem 20. Oktober ergeben werden, sind verbaut. Programmatische Knackpunkte gibt es trotzdem, sei es etwa die pauschale Aufrechterhaltung des Index-Prinzips, das so weder mit der CSV noch der DP gangbar wäre - und sogar die LSAP links überholen dürfte. Die Rolle des Finanzplatzes wird kritisch beäugt, aber nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Statt Steuernischen zu suchen, wird auf einen „grünen“ Umbau der europäischen Ökonomie gesetzt, dem der Luxemburger Finanzplatz als „Baustein“ dienen kann. Die Probleme im Wohnungsbau führen die Grünen - anders als die drei Großparteien - nicht auf rein marktwirtschaftliche Verwerfungen zurück. Dass Luxemburg eine strukturelle Fehlentwicklung erfahren hat, weil lange Zeit nur auf staatliche Förderprogramme für Eigentumserwerb gesetzt wurde, das ist grünes Programm seit der Gründerzeit. Immerhin scheint mittlerweile sogar die CSV sich diese Analyse zu Herzen zu führen - anders als die LSAP, die vor allem auf neue Baulanderschließung setzt. Dem Wohnungsbau vorangestellt ist ein weit ausholendes Kapitel zur Energie(wende)politik, das mögliche Koalitionspartner überfordern dürfte - auch wenn der Ausstieg aus dem Tanktourismus nur mehr „graduell“ vollzogen werden soll. Immerhin zwei der 90 Seiten ihres Programms widmen die Grünen der Nord-Südproblematik.

**Déi Lénk : Osent-ils trop ?**

(lc) - Une chose est sûre : s'il y a bien un programme qui s'est fait dans la démocratie, la transparence et de façon participative c'est bien celui de déi Lénk. Pendant plusieurs semaines, tout citoyen - voire étranger - pouvait donner son avis et proposer des changements à la première mouture du programme en le commentant sur Internet. Mais il se pourrait que le parti fasse les frais de cette opération, car certaines de ses revendications - comme celle d'en finir directement avec la monarchie - même si elles sont louables semblent irréalistes, du moins pour l'électeur pragmatique. Une autre idée qui provoque l'incompréhension de certains est celle de vouloir passer aux 35 heures - une mesure depuis longtemps appliquée en France et qui ne semble pas l'avoir sortie de la crise. Alors pourquoi la proposer ? Sinon, le programme reste conforme aux idées - sans être idéologiques - de déi Lénk : en finir avec le diktat de la compétitivité et la religion de la croissance sans borne, rétablir le système d'une redistribution des richesses juste pour tout le monde, voire casser pour toujours l'autorité de l'Etat sur les citoyens en abolissant - et là aussi ils sont bien les seuls à le faire - le Srel.

**ADR : Indécis ou déchirés ?**

(lc) - Après la publication du programme du CSV la semaine dernière, l'ADR est le seul parti à ne pas encore avoir publié ses intentions définitives. Ce retard peut avoir deux raisons plausibles : il pourrait s'agir d'une tactique, d'attendre ce que les autres partis - et surtout le CSV, sa concurrence à droite - proposent aux citoyens, pour mieux se positionner par après. Ce qui, avec l'intention du CSV de laisser tomber l'éducation religieuse dans le secondaire, pourrait même leur rapporter les voix des catholiques déçus. L'autre possibilité serait que l'hémorragie interne - voire la décomposition - de l'ADR ne serait toujours pas jugulée et que les membres s'entre-déchirent sur les directions à prendre. En effet, quand on compare le « Grondsazprogramm » publié sur le site du parti, qui est un fourre-tout très flou de bonnes intentions aux élocubrations ultra-conservatrices de leur député et ancien président Fernand Kartheiser sur son blog, on pourrait être amené à penser qu'il s'agit de deux partis différents. De toute façon, même la publication du programme n'apportera pas de surprises au grand public et il se pourrait même qu'en agissant de la sorte, l'ADR ait tout simplement raté son entrée en campagne.

## AKTUELL

## BÜRGERHAUSHALT

**Transparenz ohne Partizipation?**

Max Dörner

**Die Stadt Luxemburg stellte am Dienstag das „Budget participatif“ vor. Der Schöffenrat verspricht sich dadurch mehr Transparenz, jedoch mangelt es an wahrer Bürgerbeteiligung.**

Die Gemeinde Luxemburg präsentierte am Dienstagmorgen ihr eigenes Modell des partizipativen Haushalts. Ab dieser Woche können alle Bürger der Stadt Luxemburg ihre Zugangsdaten zu dem eigens eingerichteten Diskussionsforum beantragen. Einen ganzen Monat lang ist den angemeldeten Usern gestattet, in elf verschiedenen Themenfeldern konstruktive Vorschläge zum Haushaltsentwurf zu machen. Eine benutzerfreundliche Version des Entwurfs, in welchem alle geplanten Projekte vorgestellt werden, wird eigens angefertigt; sie soll als Diskussionsgrundlage dienen.

Bausch und Bettel verkündeten nicht ohne Stolz, dass sie sich bei der Umsetzung von dem bekannten Freiburger Modell inspirieren ließen und sogar Freiburger Kommunalpolitiker zu Rate zogen, um mögliche Fehler in Luxemburg zu vermeiden. So habe man sich, wie Bettel erklärte, gegen kommunale Versammlungen entschieden und ausschließlich auf ein Online-Projekt gesetzt.

**Ein sozial-fortschrittliches Projekt**

Ursprünglich kommt die Idee des partizipativen Haushalts nicht aus Freiburg oder einer anderen europäischen Stadt, sondern aus Brasilien. Es war ein sozial-fortschrittliches Projekt aus den 1980er Jahren, welches einen anderen und demokratischeren Regierungsstil ermöglichen sollte. Mittlerweile gibt es verschiedene Modelle und Definitionen des partizipativen Haushalts - beim Luxemburger Pilotprojekt muss man sich allerdings fragen, ob es auch nur einem Minimalbegriff des Modells entspricht.

Erfolgreiche Varianten zeichnen sich nämlich dadurch aus, dass Bürger tatsächlich verpflichtend mitbestimmen und abstimmen, welche Projekte finanziell gefördert werden sollen. In den Beratungszyklen entstehen so neue gemeinschaftliche Zie-



FOTO: FLICKR / IMAGES OF MONEY

Bürgerhaushalt - Ab November dürfen die Bewohner der Stadt Luxemburg online über den Budgetentwurf der Gemeinde debattieren.

le und Dynamiken. Dies geht daher auch mit einer relativen Entmachtung der Volksvertreter einher. Solche Modelle sehen kommunale Diskussionsversammlungen auf verschiedenen Ebenen vor. Bettel sieht bei Versammlungen jedoch die Gefahr, dass man nicht nur über konkrete Projekte diskutiert, sondern über grundsätzlichere Fragen. Beim Problem der hohen Wohnungspreise oder in Fragen der kommunalen Verkehrspolitik wären lokale Diskussionen in der Stadt-Luxemburg wegweisend.

In der Stadt ist den Bürgern, beim jetzigen Stand des Projekts, lediglich eine beratende Rolle zugedacht. Sie dürfen online vor sich hin diskutieren, und vielleicht wird danach die eine oder andere Idee von den Politikern aufgegriffen werden. Nach der Verabschiedung des Haushalts will die Gemeinde offiziell Feedback zu den Ideenvorschlägen der Bürger geben. Die Vertreter sehen sich jedoch nicht verpflichtet, Projektvorschläge in die Tat umzusetzen.

Das System, das am 7. November online geht, sieht, wie eine äußerst „saubere“ und unkomplizierte Lösung aus. Es verlangt keinen sehr hohen Einsatz der Politiker. Das Luxemburger Pilotprojekt, kann in seiner aktuellen Form aber höchstens dazu führen den Bürgern Entscheidungen der Gemeinde besser zu vermitteln. Mehr Transparenz hieße die Bürger progressiv beim Treffen von Entscheidungen mit einzubinden. Ein Teil des Budgets könnte so nächstes Jahr von Anfang an für Bürgerprojekte vorgesehen werden.